

BEHINDERTE SCHÜLER

Das Recht auf Miteinander

Die Vereinten Nationen garantieren behinderten Kindern die freie Wahl ihrer Schule. Profitieren sie von mehr Normalität, oder brauchen sie besonderen Schutz?

VON Ulrich Schnabel; Martin Spiewak | 04. Februar 2010 - 07:00 Uhr



© Thomas Lohnes/ ddp

Fröhliches Miteinander: Ein körperbehindertes Mädchen mit einer Klassenkameradin auf einem Schulhof

Ein Streitgespräch zwischen Thomas Stöppler und Ulf Preuss-Lausitz.

Thomas Stöppler leitete eine Sonderschule und ist Vorsitzender des Verbandes Sonderpädagogik e.V. in Baden-Württemberg.

Ulf Preuss-Lausitz ist Professor für Erziehungswissenschaft und Sprecher des Arbeitskreises Gemeinsame Erziehung in Berlin.

DIE ZEIT: Knapp 500.000 Kinder und Jugendliche besuchen derzeit in Deutschland eine sonderpädagogische Fördereinrichtung. Sind die alle auf der falschen Schule?

Ulf Preuss-Lausitz: Zugespitzt könnte man das so formulieren. Wir brauchen zwar Sonderpädagogen, aber keine Sonderschulen. Die Aufgabe dieser speziellen Fördereinrichtungen wird es in Zukunft sein, sich selbst überflüssig zu machen. Ihre Lehrer sollen an die allgemeinen Schulen wechseln, wo sie helfen, behinderte wie nichtbehinderte Kinder gemeinsam zu unterrichten. Denn die Kompetenz der Sonderpädagogen kann sich im gemeinsamen Unterricht am besten entfalten.

Thomas Stöppler: Ich sehe das völlig anders. Wir brauchen eigenständige Sonderschulen auch weiterhin, und zwar in ihrer ganzen Breite und Differenziertheit. Denn es gibt Schüler, die in einer sonderpädagogischen Einrichtung – zumindest zeitweise am besten gefördert

werden. Dazu gehören Lernbehinderte, massiv Verhaltensgestörte oder Jugendliche mit enormen Sprachdefiziten.

Preuss-Lausitz: Aber schon die Definition, wer auf eine Sonderschule gehört, ist doch alles andere als klar! Anders ist nicht zu erklären, dass im Saarland dreimal so viele schwer sehbehinderte Kinder festgestellt werden wie in Niedersachsen; in Mecklenburg-Vorpommern haben wir angeblich doppelt so viele Fälle geistiger Behinderung wie in Baden-Württemberg; und in Thüringen werden siebenmal so viele Kinder als verhaltensauffällig eingestuft wie in Schleswig-Holstein. Da stimmt doch etwas nicht!

ZEIT: Einmal abgesehen von möglicherweise falschen Zuweisungen: Kann man sich wirklich vorstellen, dass ein geistig behindertes Kind im Rollstuhl in einem Klassenraum mit gesunden Schülern zusammen unterrichtet werden soll?

Preuss-Lausitz: Sie können es sich vielleicht nicht vorstellen, weil Sie es niemals in Ihrer Schulzeit erlebt haben. Auch ich habe es nicht geglaubt, bis ich es gesehen habe – zum Beispiel in einer Schule in Brandenburg, die ich jahrelang begleitet habe. Sie hat Kinder mit allen Behinderungsarten aufgenommen, und das hat ganz wunderbar geklappt. Ein körperlich und geistig schwer mehrfach behindertes Kind hat dort natürlich einen individuellen Förderlehrer an seiner Seite. Für mehrere Stunden bekommt es auch Einzelunterricht oder geht zur Physiotherapie. Aber es fühlt sich als Teil seiner Klasse und lernt dort enorm viel – jedenfalls sicherlich mehr als in einer Schule für geistig Behinderte. Aus Berlin kenne ich ähnliche Beispiele.

Stöppler: Ich höre ganz andere Meldungen. Sonderpädagogen berichten zum Beispiel aus Berlin von erschreckenden Fällen, in denen allgemeine Schulen dem individuellen Förderbedarf von behinderten Kindern in keiner Weise gerecht werden. Die meisten Lehrer sind gar nicht dafür geschult und vorbereitet, dass in ihren Klassen plötzlich Kinder sitzen, die ganz andere Lernvoraussetzungen mitbringen als die übrigen Schüler.

BEHINDERTENRECHTSKONVENTION

Die deutschen Sonderschulen stehen vor einem gewaltigen Umbruch: 2009 ist auch hierzulande die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Kraft getreten ([ZEIT Nr. 36/09](#)). Sie garantiert allen Schülern mit einem geistigen oder körperlichen Handicap das Recht, zusammen mit gesunden Gleichaltrigen unterrichtet zu werden. Damit erscheint die bisherige Praxis in Deutschland, über achtzig Prozent aller behinderten Kinder in Sonderschulen zu unterrichten (mehr als in nahezu allen anderen Industrieländern), äußerst fragwürdig.

UMSETZUNG

Die Umsetzung der UN-Konvention, so verkündete kürzlich der neue Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Ludwig Spaenle, werde ein Hauptthema seiner Amtszeit sein. Anstelle der bisherigen Politik der Integration soll dabei die Inklusion (von lat. »inclusio«: Einschluss) treten: Menschen mit Behinderungen sollen sich dazugehörig fühlen, die Unterschiedlichkeit soll damit zur Normalität werden. Wie das allerdings zu bewerkstelligen ist, darüber gehen nicht nur die Meinungen der Politiker, sondern auch unter den Experten und den Eltern stark auseinander.

Preuss-Lausitz: Wir finden natürlich auch in Integrationsschulen mal guten und mal schlechten Unterricht. Aber das spricht nicht gegen das Prinzip der Inklusion. Ob der

Unterricht gelingt oder nicht, hängt selten vom konkreten Kind ab, sondern liegt meist an der Teamkompetenz der Lehrer oder der Zusammenarbeit mit den Eltern.

Stöppler: Das ist Unsinn. Sonderpädagogik erfordert eine hochkomplexe Didaktik, die stets auf das einzelne Kind zugeschnitten werden muss. Ob das gelingt, hängt nicht davon ab, ob irgendjemand zufällig mit einem anderen gut kann.

ZEIT: Sondern womit?

Stöppler: Ob der Lehrer gut ausgebildet ist und ob das pädagogische Umfeld stimmt. Ein schwerst verhaltensauffälliges Kind etwa benötigt ein klar strukturiertes Lernarrangement, während ein massiv lernbehindertes Kind eine eher offene Lernsituation braucht, wo es etwas entdecken kann. Ein hörbehindertes Kind braucht eine gute Ausleuchtung, um das Mundbild ablesen zu können – für blendempfindliche sehbehinderte Kinder bedeutet aber helles Licht eine erhebliche Einschränkung. Diese Schüler kann man nicht alle mit gesunden Kindern so nebenbei im Klassenraum unterrichten!

Preuss-Lausitz: Aber Kollege Stöppler, die Vorstellung, man benötige für unterschiedliche Kinder getrennte Didaktiken, ist eine Pädagogik des 19. Jahrhunderts.

Stöppler: Wieso denn das?

Preuss-Lausitz: Wir wissen doch längst, dass es wenig Sinn ergibt, zehn lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder in einem Raum zu unterrichten. Kinder lernen am besten von anderen Kindern. Wenn es aber niemanden gibt, von dem sie lernen können, sind die Fortschritte gering. Deshalb schaffen knapp achtzig Prozent aller Sonderschüler nicht einmal den Hauptschulabschluss; das gilt auch für körperbehinderte, geistig nicht beeinträchtigte Schüler. Nur zwei Prozent der Förderschüler bringen es zum mittleren Schulabschluss, die Abiturquote ist fast gleich null. Das zeigt doch das Versagen dieses Konzepts.

Stöppler: Glauben Sie wirklich, dass alle Kinder in integrativen Beschulungsformen plötzlich den Hauptschulabschluss oder gar das Abitur ablegen? Das Gegenteil wird der Fall sein! Die meisten Kinder mit Behinderungen werden dort nur nebenherlaufen. Denn die Lehrer in den Regelschulen sind bislang in keiner Weise auf die Förderschüler vorbereitet. Bevor wir von Inklusion reden, müssen wir dafür erst die notwendigen Bedingungen schaffen. Das aber kostet Zeit und Geld.

Preuss-Lausitz: Diese Art der Argumentation kenne ich seit drei Jahrzehnten: »Erst muss die allgemeine Schule ganz toll werden, dann können wir mit der Integration beginnen.« Diese Logik hat dazu geführt, dass sich fast nichts getan hat. Dafür wurde das System der Sonderschulen immer weiter ausgebaut, ihre Zahl stieg in den vergangenen fünfzehn Jahren um mehr als ein Drittel.

Stöppler: Die steigenden Zahlen muss man differenziert betrachten. Tatsächlich wächst die Zahl der schwer Mehrfachbehinderten; dank des medizinischen Fortschritts überleben

mehr Kinder zum Beispiel eine Frühgeburt – jedoch mit Folgeschäden. Zum anderen wachsen mehr Kinder als früher in schwierigen sozialen Umständen auf. Und auch die Zahl psychisch kranker Kinder nimmt zu.

Preuss-Lausitz: Aber wer definiert, ob jemand sonderpädagogischen Förderbedarf hat? Wer entscheidet über die Zuweisung zur Sonderschule? Die Sonderschullehrer selbst, die ein Interesse daran haben, den Unterricht in ihrer Institution zu sichern! Das kommt mir vor wie die Schwangerenberatung der katholischen Kirche, bei der auch niemand eine unbefangene Beratung erwartet.

Stöppler: Das ist eine Unterstellung! Wir Sonderschullehrer treffen schon längst nicht mehr allein die Entscheidung. Vielmehr erstellen wir sorgfältige Gutachten zusammen mit den Eltern und anderen Lehrern. Während meiner Zeit als Schulleiter haben wir viele Kinder aus der Förderschule in die allgemeine Schule integriert, wenn wir guten Gewissens sagen konnten, dass das Kind dort die nötige Unterstützung bekommt. Dennoch wird es immer Schüler geben, die eine Spezialeinrichtung brauchen. Wissen Sie, was seit einigen Jahren mit den sehbehinderten Schülern aus Schleswig-Holstein passiert?

ZEIT: Was denn?

Stöppler: Die werden nun zu Dutzenden in Hamburg unterrichtet. Der Grund: Schleswig-Holstein hat die Förderschulen für Sehbehinderte vor einigen Jahren abgeschafft und unterrichtet die betroffenen Schüler jetzt integriert. Daraufhin sind viele Eltern, die das nicht wollten, ins Nachbarland ausgewichen, weil sie nur dort die speziellen didaktischen Konzepte finden konnten. Diesen Trend kenne ich auch aus anderen Bundesländern. Davon berichtet nur niemand. Im Augenblick lesen wir nur Beispiele geglückter Integration, niemals gescheiterter.

ZEIT: Erzählen Sie uns eines.

Stöppler: Ich kenne einen stark körperbehinderten Jungen aus Baden-Württemberg, der mit nichtbehinderten Kindern aufs Gymnasium ging. Nach einigen Jahren hat er sich selbst auf eine Förderschule für Körperbehinderte angemeldet.

ZEIT: Warum?

Stöppler: Weil er an seiner Schule niemanden mit einem ähnlichen Schicksal gefunden hat. Wenn es um Themen wie Freundschaften, Sport oder Sexualität ging, konnte er sich mit keinem seiner nichtbehinderten Mitschüler austauschen. Als Junge mit körperlichen Beeinträchtigungen fühlte er sich von niemandem wirklich verstanden.

Preuss-Lausitz: Solche Bedürfnisse muss man natürlich ernst nehmen. Ich fordere ja nicht, dass wir das Problem über die Einzelintegration lösen. Das ist viel zu teuer. Vielmehr stelle ich mir vor, dass wir pro Klasse drei oder vier Förderschüler gemeinsam unterrichten...

Stöppler: ...damit diese sich wieder als Minderheit fühlen. Wir hören immer wieder Berichte enttäuschter Eltern, dass ihr Kind auf der Integrationsschule erst recht die Erfahrung des Außenseiters macht, weil es in vielen Belangen langsamer und schwächer als seine Klassenkameraden ist. In der *Lebenshilfe-Zeitung* schrieb einmal eine Mutter, ihr Kind habe in der Integrationsschule »vor allem geduldige Hilfsbereitschaft und ein mehr oder minder gut kaschiertes Desinteresse der Mitschüler« erfahren. Erst auf der Sonderschule, unter Klassenkameraden mit ähnlichen Schwierigkeiten, sei ihre Tochter aufgeblüht.

Preuss-Lausitz: Es gibt auch Förderschüler, die sich dafür schämen, dass sie eine Sonderschule besuchen. Hören wir doch auf, von Einzelfällen zu reden, und lassen Sie uns die Empirie betrachten! Wir haben in Brandenburg untersucht, wie sich Kinder in Integrationsklassen fühlen. Dort waren nichtbehinderte Schüler im Schnitt zufriedener als in nichtintegrativen Parallelklassen, und die Kinder mit Behinderung äußerten die höchste Zufriedenheit. Zudem war das Klassenklima besser.

Stöppler: Sie sagen, *im Schnitt* war die Zufriedenheit größer, aber eben nicht bei *allen* Schülern. Gute Behindertenpädagogik aber betrachtet stets den Einzelfall. Das ist der Unterschied zwischen uns: Sie wollen alle Förderschüler in die Regelschulen pressen. Ich sage, wir müssen bei jedem einzelnen Kind fragen, wo es am besten unterstützt wird – in der Integrationsklasse, der Sonderschule oder einer Außenklasse?

ZEIT: Was ist das, eine Außenklasse?

Stöppler: Dazu werden an allgemeinen Schulen spezielle Klassen gebildet, in denen Kinder mit Behinderungen getrennt und teilweise gemeinsam unterrichtet werden...

Preuss-Lausitz: ...was wieder das Problem mit sich bringt, dass die betroffenen Kinder unter sich bleiben. Das ist mit der UN-Konvention nur schwer vereinbar.

Stöppler: Ihr Modell, Herr Kollege, ist erst recht nicht mit der Konvention vereinbar! Diese fordert nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Schüler beziehungsweise ihrer Eltern. Wenn aber auf lange Sicht die Sonderschulen aufgelöst werden, können Eltern und Schüler nicht mehr wählen.

Preuss-Lausitz: Die UN-Konvention spricht nicht von Wahlfreiheit, sondern von einem Recht der Schüler auf gemeinsame Erziehung.

Stöppler: Folgt man Ihnen, wird ein Zwang daraus.

Preuss-Lausitz: Nein, ich sage nur, dass es umgekehrt kein Recht auf eine Sonderschule gibt. Wieso sollen die Eltern ein Wahlrecht auf eine bestimmte Schulform haben? Sie haben ein Recht auf sonderpädagogische Förderung, das ist etwas ganz anderes. Es gibt ein Verfassungsgerichtsurteil aus den siebziger Jahren, das besagt: Der Staat darf keinen

Bildungsgang abschaffen, aber er kann selbstverständlich eine Schulform schließen – so wie es derzeit etwa mit der Hauptschule in Berlin geschieht.

ZEIT: Aber glauben Sie nicht, dass manche Eltern ihr Kind lieber auf der Sonderschule sehen?

Preuss-Lausitz: Ich argumentiere jetzt verfassungsrechtlich. Die Argumentation, auf dem Wahlrecht der Eltern zu bestehen, dient doch nur dazu, das System der Förderschulen zu erhalten. Und das ist mit der UN-Konvention überhaupt nicht kompatibel. Da sind wir völlig unterschiedlicher Meinung. Und ich hoffe, das wird irgendwann verfassungsrechtlich geklärt werden. Im Übrigen ist diese Debatte, die wir gerade führen, ziemlich fiktiv, weil heute keine Sonderschulen fehlen, sondern Integrationsklassen. Darüber müssen wir im Jahr 2010 reden.

ZEIT: Erwarten Sie künftig auch von allen Lehrern, Integrationsschüler zu unterrichten?

Preuss-Lausitz: Selbstverständlich. Das Berliner Schulgesetz etwa erteilt allen Schulen die Aufgabe, gemeinsamen Unterricht durchzuführen. Jeder Lehrer muss damit rechnen, während seiner Berufslaufbahn auch Förderschüler in seiner Klasse zu haben. Zugegeben: Die meisten Kollegen sind auf diese Herausforderungen bislang nicht vorbereitet. Ich fordere schon lange, dass alle Pädagogen das Lehren in heterogenen Klassen und den Umgang mit verhaltensauffälligen und lernbehinderten Schülern lernen müssen.

Stöppler: Am besten auch noch die Gebärdensprache! Nicht jeder Pädagoge ist doch motiviert oder in der Lage, sich mit diesen besonderen Kindern zu befassen.

Preuss-Lausitz: Das ist aber sein Job. Wenn er den nicht ausfüllt, sollte man ihn entlassen.

ZEIT: Wie gehen denn andere Länder mit der Problematik um, die wir hier diskutieren? Gibt es Nationen, von denen Deutschland lernen kann?

Preuss-Lausitz: Die meisten Industrienationen haben sehr viel weniger Förderschüler in Sonderschulen. Länder wie Italien, Spanien oder Irland haben fast ganz umgestellt auf eine gemeinsame Erziehung. Deutschland ist weltweit ein Sonderfall...

Stöppler: ...um den uns Sonderpädagogen in anderen Ländern durchaus beneiden. Ich kenne die Situation in Italien recht gut. Viele Kinder mit Lernbehinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten gehen dort in den allgemeinen Schulen komplett unter. Als Reaktion darauf haben sich inzwischen viele Privatschulen gegründet, auf die begüterte Eltern ihre behinderten Kinder schicken.

ZEIT: Wie steht es mit den Kosten? Würde ein gemeinsamer Unterricht für alle billiger oder teurer?

Preuss-Lausitz: Billiger als das heutige System wird ein inklusives Schulsystem sicherlich nicht. Aber es muss auch nicht automatisch teurer werden, wie der Kollege Klaus Klemm

und ich für das Bundesland Bremen exemplarisch gezeigt haben. Denn man verlagert ja nur Personal von einer Schule an die andere. Teuer ist es hingegen, zwei Systeme parallel zu finanzieren. Das können wir uns nicht leisten.

Stöppler: Ich sage Ihnen voraus, dass Ihr Modell ein Sparmodell wird und unsere Kollegen in den Regelschulen aufgesogen werden. Dort drohen die Sonderpädagogen zum einen zu Experten für alle schwierigen Schüler in einer Klasse zu werden. Zum anderen wird man zuerst an sie denken, wenn ein Lehrer krank geworden ist und man eine Vertretung braucht. Das Nachsehen haben die Förderschüler, die nicht mehr viel von ihrem Lehrer haben werden.

ZEIT: Abschlussfrage: Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer eines solchen Umbaus des Schulsystems, wie wir ihn nun diskutiert haben?

Preuss-Lausitz: Ich bin überzeugt davon, dass das gemeinsame Lernen vor allem Gewinner produziert. In erster Linie werden die betroffenen Kinder profitieren. Sie werden nicht mehr abgesondert aufwachsen, sondern zusammen mit nichtbehinderten Gleichaltrigen. Das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts könnte so zum Wendepunkt im Unterricht von Kindern mit Behinderungen in Deutschland werden.

Stöppler: Für mich ist klar, dass es zahlreiche Verlierer geben wird. Die Qualität der Förderung dieser Kinder und das fachliche Know-how der Lehrer werden zunehmend schwinden. Vermutlich werden wir auf lange Sicht eine blühende Privatschullandschaft bekommen. Die großen Verlierer werden vor allem Kinder mit Behinderungen aus bildungsfernen Familien sein.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ULRICH SCHNABEL UND MARTIN SPIEWAK

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 04.02.2010 Nr. 06

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/06/Streitgesprach-Integration>